

Studie zu Gewalt gegen Bürgermeister untermauert die Forderungen des dbb Hessen

Ein weiterer Beleg, politisch endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wirksam vor Gewalt und Bedrohungen zu schützen ist die neueste Studie von Prof. Britta Bannenberg von der Uni Gießen. Dieses Mal im Blickpunkt sind die Bürgermeister der Kommunen. „Die Studie ist ein weiterer Mosaikstein, der unsere Forderungen nach wirksamerem Schutz der Bediensteten untermauert“, sagt der Landesvorsitzende des dbb Hessen.

Der dbb Hessen hat die Studie diesmal nicht in Auftrag gegeben, arbeitet aber bereits seit Jahren vertrauensvoll und wissenschaftlich mit Prof. Britta Bannenberg bei der Erforschung des Gewaltphänomens zusammen. Von April an wird es auch eine ganze gemeinsame Seminarreihe mit Veranstaltungen zu Gewalt und Prävention geben [Seminare | dbb Hessen \(dbb-hessen.de\)](https://www.dbb-hessen.de/seminare).

„Die hohe Beteiligung an der Umfrage zeigt, wie hoch der Leidensdruck der Mandatsträger zu sein scheint“, sagt Heini Schmitt. Bereits im vergangenen August hatten im hessischen Landtag Bürgermeister und Landräte den Abgeordneten ihre erschütternden Erfahrungen geschildert. Schon damals wurde deutlich: Viele Mandatsträger fühlen sich alleine gelassen und es fehlt eine Anlaufstelle. „Das deckt sich zu nahezu 100 Prozent mit den Erkenntnissen, die wir im Rahmen unserer bisherigen Studien gesammelt haben“, so Schmitt.

Als besonders bitter und gefährlich für die Demokratie sieht Schmitt es, wenn die Erfahrungen derart belastend werden, dass Bürgermeister darüber nachdenken, ihre Mandate nicht weiter auszuführen, um sich und ihre Familien besser schützen zu können. „Wenn es bereits so weit ist, müssen in der Politik endlich alle Alarmglocken losschellen und endlich geeignete Maßnahmen erarbeitet werden, um die Menschen zu schützen, die für den Staat und damit für und alle täglich den Kopf hinhalten“, so Schmitt. „Und da ist es völlig egal, ob das Bürgermeister oder Kommunalpolitiker sind, oder die vielen Mitarbeiter der Behörden und Verwaltungen. Es ist JETZT die Zeit zu handeln.“

Zur Studie: <https://www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenberg/forschung/Amtstraeger/BannenbergPfeifferErbGewaltgegenBurgermeisterinnenundBurgermeisterinHessen.pdf>

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt